

Rüsselsheim, den 20.07.2021

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 15.07.2021 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 **Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24.06.2021**

Gegen die Niederschrift über das Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24.06.2021 bestehen keine Einwände. Sie gilt somit als genehmigt.

TEIL I

TOP 2 **Kultur123 Stadt Rüsselsheim; Jahresabschluss 2020 DS-57/21-26**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresabschluss und den Lagebericht von Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2020 zur Kenntnis.
2. Das im Jahresabschluss 2020 ausgewiesene Ergebnis beträgt
- 7.003.841,43 Euro.
3. Dieses Ergebnis weicht gegenüber dem Planansatz 2020 von - 7.363.480 Euro um
359.638,57 Euro ab.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Verlust für das Wirtschaftsjahr 2020 in Höhe von 7.003.841,43 Euro festgestellt und im Rahmen der Verlustübernahme ausgeglichen wird.

TOP 3 Neugestaltung der Schulbezirke DS-47/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Es wird die hier beigefügte Neufassung der Satzung für die Schulbezirke der Stadt Rüsselsheim am Main beschlossen. Die neu beschlossene Satzung tritt zum Beginn des Schuljahres 2022/23 in Kraft.

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass mit der hier zum Beschluss vorgelegten Neugestaltung der Schulbezirkssatzung der Stadt Rüsselsheim am Main folgende einzelne Änderungen beschlossen werden:

1. Die Schulbezirke werden vor dem Hintergrund steigender Schüler*innenzahlen so gestaltet, dass die Gründung einer neuen Grundschule in der jetzigen Parkschule möglich wird und Schulen mit aktuell deutlich steigenden Schüler*innenzahlen und im Verhältnis geringen räumlichen Kapazitäten entlastet werden.
2. Dazu wird der Schulbezirk Innenstadt zwischen der Grundschule Innenstadt und der neu zu gründenden Grundschule Parkschule geteilt.
3. Das jetzige Überschneidungsgebiet der Grundschule Innenstadt mit der Schillerschule wird aufgelöst. Die Donaustraße wird dem neuen Schulbezirk Innenstadt zugeordnet.
4. Das jetzige Überschneidungsgebiet Regenbogenpark wird nicht mehr der Goetheschule und Grundschule Innenstadt zugeordnet, sondern entfällt und wird der neu zu gründenden Grundschule Parkschule zugeordnet.
5. Das Neubaugebiet Quartier am Ostpark wird aus dem Einzugsgebiet der Eichgrundschule herausgenommen und der Grundschule Hasengrund zugeordnet.
6. In der Satzung der Schulbezirke der Stadt Rüsselsheim am Main wird die Bezeichnung der Helen-Keller-Schule als Schule für praktisch Bildbare ersetzt durch Schule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung sowie dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung.
7. Die alte Satzung wird um in der bisherigen Satzung nicht enthaltende Straßen und Korrekturen ergänzt. Darunter fallen z.T. wie bisher auch solche Abschnitte, die keine Wohnbebauung aufweisen. Dies betrifft folgende Schulbezirke:

Schulbezirk Albrecht-Dürer-Schule

- Außerhalb Autobahnmeisterei
- Außerhalb Oberes Forsthaus
- Außerhalb Schnellster Weg
- Außerhalb Steinigritz
- Albrecht-Dürer-Schule
- Feuerbachstraße 1-111
- Flörsheimer Weg 2-2a
- Platanenstraße 80, 82

Schulbezirk Eichgrundschule

- Fliederweg

Schulbezirk Goetheschule

- Aachener Straße

Schulbezirk Grundschule Königstädten

- Adolf-Korell-Straße
- Alexander-Fleming-Straße
- Am Hasslocher Fußpfad
- Am Könidstädter Hügel
- Am Zwerchgarten
- Die Flachslöcher
- Franz-Ludwig-Göbel-Weg
- Georg-Friedmann-Straße
- Georg-Naumann-Straße
- Georg-Walter-Straße
- Hinterm Brückelchen
- Hübelschneisenweg
- Johann-Philip-Mohr-Weg
- Karl-Landsteiner-Ring
- Kecskemet Allee
- Lise-Meitner-Straße
- Ludwig-Ramge-Straße
- Neben dem Entenpfad
- Philipp-Völker-Straße
- Tannacker Weg
- Viehtrift

Schulbezirk Otto-Hahn-Schule

- Hof Schönau
- Vor den Erlen
- Rotensteinstraße (ohne „h“) Schreibweise korrigiert

Schulbezirk Schillerschule

- Wormser Straße

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die hier beigefügte Neufassung der Satzung für die Schulbezirke der Stadt Rüsselsheim am Main. Die neu beschlossene Satzung tritt zum Beginn des Schuljahres 2022/23 in Kraft.

TOP 4 Errichtung eines Systems zur Überwachung des Lkw-Durchfahrtsverbotes im Zuge des Projektes Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme (DikoVers) Hier: Delegation der Auftragsvergabe an den Magistrat DS-54/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur beschleunigten Umsetzung, dass die Vergabe der projektbezogenen Aufgaben einschließlich der oben beschriebenen Leistungen auf den Magistrat bis auf Widerruf delegiert wird.

TOP 5 Barrierefreier Umbau der Haltestellen „Stadion“ im Zuge der Deckenerneuerung B 43 Rugby-Ring von Hessen Mobil DS-48/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass im Zuge der Deckenerneuerung B 43 Rugby-Ring von Hessen Mobil der barrierefreie Umbau der Haltestellen „Stadion“ mit ausgeführt

wird.

**TOP 6 Sachstandsbericht 2020/2021 Fachstelle Jugendberufshilfe und Bildungsberatung
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-51/21-26**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Sachstandsbericht 2020/2021 der Fachstelle Jugendberufshilfe (Anlage) zur Kenntnis.

TEIL II

**TOP 7 Antrag der Fraktionen CDU, WsR, SPD und Die Grünen/Linke Liste Soli vom 14.07.2021 zur sofortigen Beschlussfassung - Haushalt 2021
AT-32/21-26**

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktionen CDU, WsR, SPD und Die Grünen/Linke Liste Soli vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen CDU, WsR, SPD und Die Grünen/Linke Liste Soli:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Der OB wird als Kämmerer der Stadt Rüsselsheim noch in der Sommerpause 2021 den Mitgliedern des Ältestenrates im Rahmen einer Sondersitzung des Gremiums Eckpunkte des HH 2021 vorstellen. Dies muss eine fundierte und belastbare Grundlage für einen genehmigungsfähigen Haushalt sein.

Der Magistrat legt bis zum Beginn in der Septemberrunde dann der Stadtverordnetenversammlung einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan für das Jahr 2021 zur Beschlussfassung vor.

Weiterhin wird der OB aufgefordert, einen konkreten Plan vorzulegen, wie die HH-Beratungen 2022 zeitlich und inhaltlich aufgesetzt werden sollen, so dass eine frühzeitige Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium erfolgen kann.“

**TOP 8 Antrag der SPD-Fraktion vom 04.07.2021 zur sofortigen Beschlussfassung - Wein am Main - AT-28/21-26
a) Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2021 zu TOP 10 StV
15.07.2021 - AT-28-1/21-26**

Zu dem beigefügten Antrag der SPD-Fraktion vom 04.07.2021 liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2021 vor, der dem Protokoll ebenfalls beigefügt ist.

Der Wortlaut des Änderungsantrages der CDU-Fraktion wird von der SPD-Fraktion mitgetragen und als gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD übernommen. Dieser ersetzt den Ursprungsantrag der SPD-Fraktion.

Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt, keine Ausschreibung für die Gastronomie „Wein am Main“ bis zum Ende des Jahres 2021 durchzuführen. Die Organisatoren von „Wein am Main“ werden in der nächsten Sitzungsrunde in den Haupt- und Finanzausschuss eingeladen, um hier den

Ausschussmitgliedern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen, die vertraglichen Aspekte sowie das weitere Vorgehen zu besprechen.“

**TOP 9 Antrag der Fraktion WsR vom 07.07.2021 zur sofortigen Beschlussfassung -
Änderung der Hauptsatzung
AT-29/21-26**

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 07.07.2021 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR vom 07.07.2021:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 32 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„§ 1 Abs. 1 wird wie folgt formuliert:

Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und neun Stadträten.“

Protokollnotiz:

Auf Grunde der soeben beschlossenen Änderung der Hauptsatzung wird die Anzahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder um 2 Sitze von bisher 6 auf 8 Sitze erweitert.

Frau Hartung teilt mit, dass das Wahlergebnis und die Wahlvorschläge der Wahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29.04.2021 zugrunde zu legen sind.

Auf der Grundlage dieses Wahlergebnisses entfallen die beiden zusätzlichen Sitze auf folgende Wahlvorschläge:

- 1 Sitz auf den gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen CDU und WsR
- 1 Sitz auf den Wahlvorschlag der Fraktion SPD.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

**TOP 10 Antrag der Fraktion WsR vom 14.07.2021 zur sofortigen Beschlussfassung -
Größe der Fachausschüsse
AT-33/21-26**

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 14.07.2021 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR vom 14.07.2021:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 38 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Die Größe der Fachausschüsse beträgt 13 Sitze.“

- TOP 11 Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung**
Bezug: Antrag Nr. 37 der Fraktionen: SPD, WsR, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke Liste/Solidarität vom 20.02.2018
DS-Nr. 589/11-16 Zwischenbericht zum Projekt Bildungszentrum Grundschule - DS-Nr. 793/16-21
- a) Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2021 zur DS 793/16-21 - Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung - DS-793-1/16-21**
 - b) Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli vom 5.6.2021 zur DS 793/16-21, Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung DS-793-2/16-21**
 - c) Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 10.06.2021 zur DS 793/16-21 DS-793-3/16-21**
 - d) Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli vom 15.06.2021 zur DS 793/16-21 - DS-793-4/16-21**
 - e) Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Schneckenberger vom 15.06.2021 zur DS 793/16-21 - DS-793-5/16-21**
 - f) Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Schneckenberger vom 23.06.2021 zur DS 793/16-21 - DS-793-6/16-21**
 - g) Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Die Grünen/Linke Liste Soli zur DS 793/16-21 - DS-793-7/16-21**
 - h) Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 23.06.2021 zur DS 793/16-21 DS-793-8/16-21**

Zur DS 793/16-21 liegen folgende in der Anlage beigefügten Anträge, Änderungs-/Ergänzungsanträge vor:

- a) Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2021 zur DS 793/16-21 – Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung – DS 793-1/16-21
- b) Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli vom 5.6.2021 zur DS 793/16-21 – DS 793-2/126-21
- c) Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 10.06.2021 zur DS 793/16-21 DS 793-3/16-21
- d) Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli vom 15.06.2021 zur DS 793/16-21 – DS 793-4/16-21
- e) Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Schneckenberger vom 15.06.2021 zur DS 793/16-21 – DS 793-5/16-21
- f) Änderungsantrag von Herrn Stadtv. Schneckenberger vom 23.06.2021 zur DS 793/16-21 – DS 793-6/16-21
- g) Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Die Grünen/Linke Liste Soli zur DS 793/16-21 – DS 793-7/16-21
- h) Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 23.06.2021 zur DS 793/16-21 – DS 793-8/16-21

Die unter **Ziffer a)** (Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2021 – DS 793-1/16-21) und **Ziffer b)** (Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli vom 5.6.2021 – DS 793-2/16-21) aufgeführten Anträge **werden zurückgezogen**.

Die übrigen oben aufgelisteten Anträge c) bis h) werden in der nachfolgend aufgeführten Reihenfolge behandelt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 23.06.2021 zur DS 793/16-21 – Ziffer h) DS 793-8/16-21:

Den Änderungsantrag der Fraktion WsR:

„1. Die in der Drucksache 793 beschriebenen Varianten werden als unzureichend abgelehnt.

2. *Der Magistrat wird beauftragt, ein gemeinsames Schulzentrum aus der Grundschule Königstädten und der Gerhart-Hauptmann-Schule auf dem Gelände der Gerhart-Hauptmann-Schule zu prüfen und eine Machbarkeitsstudie zu erstellen.“*

lehnt die Stadtverordnetenversammlung mit 36 Nein-Stimmen bei 8 Ja-Stimmen ab.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli vom 15.06.2021 zur DS 793/16-21 – Ziffer d) DS 793-4/16-21:

Den Antrag der Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das „Rote Haus“ zu sanieren.“

lehnt die Stadtverordnetenversammlung mit 26 Nein-Stimmen bei 18 Ja-Stimmen ab.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Die Grünen/Linke Liste Soli zur DS 793/16-21 – Ziffer g) DS 793-7/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Die Grünen/Linke Liste Soli einstimmig wie folgt:

„Der Beschlussvorschlag B wird wie folgt ergänzt:

4. Der Magistrat wird beauftragt, im Falle einer Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung für eine Variante mit Abbruch des Roten Hauses einen Gestaltungswettbewerb zu initiieren, der eine zum historischen Ortskern passende architektonische Lösung des Schulneubaus aufzeigt. Hierbei soll die Lage der Grundschule im Ortskern von Königstädten Berücksichtigung finden, d.h. der Neubau soll sich in die bestehende Umgebung bspw. die Sichtachse zum Bismarckplatz sowie die vorhandene Wohnbebauung einfügen und gestalterisch das „rote Haus“ mit aufgreifen. Es werden Vor- und Nachteile der Varianten aufgezeigt. Weiterhin sind im Vorfeld Stellungnahmen der Schulgemeinde sowie der Anwohnerinnen und Anwohner im Rahmen einer Bürgerversammlung einzuholen und bei der Gegenüberstellung der Gestaltungsvarianten zu berücksichtigen.

Das Ergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.“

Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Stadtv. Schneckenberger vom 23.06.2021 zur DS 793/16-21 – Ziffer f) DS 793-6/16-21:

Den Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Schneckenberger:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass vor einer weiteren Planung der Grundschule eine Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalschutz bezüglich des „Roten Hauses“ einzuholen ist.“

lehnt die Stadtverordnetenversammlung mit 34 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen ab.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Schneckenberger vom 15.06.2021 zur DS 793/16-21 – Ziffer e) DS 793-5/16-21:

Den Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Schneckenberger:

„Die Kita Auerbacher Str. bleibt an ihrem jetzigen Standort erhalten.“

lehnt die Stadtverordnetenversammlung mit 33 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen ab.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 10.06.2021 zur DS 793/16-21 – Ziffer c) DS 793-3/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung einigt sich darauf, das Wort „berücksichtigt“ durch das Wort „beteiligt“ zu ersetzen, gemäß Empfehlung der Schulkommission.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Änderungsantrag der Fraktion WsR einstimmig wie folgt:

„Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 4 ergänzt:

4. Die Anliegen der Anwohner des zukünftigen Geländes der Grundschule Königstädten werden im weiteren Planungs- und Entscheidungsprozess des Vorhabens beteiligt.“

Herr Stadtv. Bock beantragt für die CDU-Fraktion Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten 1. bis 3. der DS 793/16-21.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgendes zur Kenntnis:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass eine bauliche Machbarkeitsstudie auf Grundlage des von der Fachgruppe „Raumprogramm und bauliche Umsetzung“ erarbeitete Raumkonzept vorliegt.
2. dass eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet wurde und diese einen Lösungsvorschlag erarbeitet hat.
3. dass es für die Weiterentwicklung der Grundschule Königstädten grundsätzlich vier verschiedene Varianten gibt:
Variante A: Auslagerung der Kita Auerbacher Straße mit Sanierung „Rotes Haus“
Variante B: Auslagerung der Kita Auerbacher Straße mit Abbruch „Rotes Haus“
Variante C: Auslagerung Sport mit Sanierung „Rotes Haus“
Variante D: Auslagerung Sport mit Abbruch „Rotes Haus“
4. dass die Arbeitsgruppe die Variante A oder B, „Auslagerung Kita“ empfiehlt.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode lässt über Variante B des Punktes 3. der Kenntnisnahme abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 32 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen Variante B des Punktes 3. der Kenntnisnahme:

„Auslagerung der Kita Auerbacher Straße mit Abbruch „Rotes Haus“.

Somit ist Punkt 1 des Beschlusses abgestimmt.

Auf Grund dieser mehrheitlichen Beschlussfassung zur Variante B wird über die Varianten A, C und D nicht abgestimmt.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. dass aufgrund der vorliegenden baulichen Machbarkeitsstudie die „**Variante B**“ (durch Stadtverordnetenversammlung einzutragen) geplant und umgesetzt werden soll.

Beschlussfassung zu Punkt 2:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 21 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 21 Stimm-Enthaltungen

2. die notwendigen Vergabeverfahren für die beschlossene Variante einzuleiten.

Beschlussfassung zu Punkt 3:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 21 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 21 Stimm-Enthaltungen

3. die aus der baulichen Machbarkeitsstudie ermittelten Grobkosten der beschlossenen Variante in das Investitionsprogramm des Haushaltsplanes 2022 ff einzustellen.

Neuer Punkt 4 auf Grund des zuvor beschlossenen Änderungsantrages der Fraktionen CDU und Die Grünen/Linke Liste Soli (DS 793-7/16-21) sowie des Änderungsantrages der Fraktion WsR (DS 793-3/16-21):

4. *Der Magistrat wird beauftragt, im Falle einer Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung für eine Variante mit Abbruch des Roten Hauses einen Gestaltungswettbewerb zu initiieren, der eine zum historischen Ortskern passende architektonische Lösung des Schulneubaus aufzeigt. Hierbei soll die Lage der Grundschule im Ortskern von Königstädten Berücksichtigung finden, d.h. der Neubau soll sich in die bestehende Umgebung bspw. die Sichtachse zum Bismarckplatz sowie die vorhandene Wohnbebauung einfügen und gestalterisch das „rote Haus“ mit aufgreifen. Es werden Vor- und Nachteile der Varianten aufgezeigt. Weiterhin sind im Vorfeld Stellungnahmen der Schulgemeinde sowie der Anwohnerinnen und Anwohner im Rahmen einer Bürgerversammlung einzuholen und bei der Gegenüberstellung der Gestaltungsvarianten zu berücksichtigen. Das Ergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.*

Die Anliegen der Anwohner des zukünftigen Geländes der Grundschule Königstädten werden im weiteren Planungs- und Entscheidungsprozess des Vorhabens beteiligt.

**TOP 12 Einkaufszentrum Königstädten
DS-38/21-26**

Frau Stadtv. Steinborn beantragt Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten 1 bis 4. der DS 38/21-26.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgendes zur Kenntnis:

Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen Rüsselsheim mbH (gewobau) ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abriss und Neubau ihres Gebäudes im Einkaufszentrum Königstädten erklärt hat (siehe Anlage).
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Haushaltsbegleitantrag Nr. 11 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 15.11.2020 erst bearbeitet werden kann, wenn die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs vorliegen.

Beschluss

Beschluss zu Punkt 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Punkt 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. der Magistrat mit der gewobau Verhandlungen über den Neubau eines Mehrzweckgebäudes mit Wohnnutzung sowie zur langfristigen Anmietung des Erdgeschosses aufnehmen soll,

mit 30 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen ab.

Beschluss zu Punkt 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 34 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

2. der Magistrat mit der gewobau Verhandlungen über die Durchführung eines gemeinsamen städtebaulichen Wettbewerbs für das Einkaufszentrum Königstädten einschließlich der Freiflächen aufnehmen soll,

Beschluss zu Punkt 3.:

Über Punkt 3.:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

3. Interimsmaßnahmen für die Stadtbücherei und ggf. für den Kinder- und Jugendtreff gewährleistet werden und

erfolgt keine Beschlussfassung.

Beschluss zu Punkt 4.:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Punkt 4.:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

4. der Haushaltsänderungsantrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2020 zum Haushalts-Antrag Nr. 11 erledigt ist.

TOP 13 Machbarkeitsstudie zur schrittweisen Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Antriebe
Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 34 der FDP-Fraktion vom 26.11.2020
DS-Nr. DS-12/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 21 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 10 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

Kenntnisnahme

- a. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass eine Machbarkeitsstudie zur schrittweisen Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse aus fachlicher Sicht für die kommende Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Rüsselsheim am Main dringend erforderlich ist.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

- a. eine Machbarkeitsstudie zur schrittweisen Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Antriebe entwickeln zu lassen.
- b. die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 50.000 €eingestellt werden.

c. der Haushaltsbegleitantrag Nr. 34 der FDP Fraktion vom 26.11.2020 hiermit als erledigt gilt.

TOP 14 Rüsselsheim Pass - Ermäßigung im ÖPNV
Bezug: Antrag Nr. 16 der Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität zur DS 372/16-21; Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen bezüglich der Einführung eines Rüsselsheim-Passes zur DS 465/16-21 - DS-53/21-26
a) Ergänzungsantrag der Fraktion WsR vom 02.07.2021 zur DS 53/21-26 DS-53-1/21-26

Zur DS 53/21-26 liegt der beigefügte Ergänzungsantrag der Fraktion WsR vom 02.07.2021 vor.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion WsR vom 02.07.2021:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion WsR:

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

- 2. Der Magistrat wird nach Ablauf des ersten Jahres der Pilotphase der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht zukommen lassen.*
- 3. Nach Beendigung der Pilotphase ist das Projekt zu evaluieren und der Stadtverordnetenversammlung hierzu eine Drucksache mit einer Handlungsempfehlung vorzulegen.“*

wird mit 24 Nein-Stimmen bei 18 Ja-Stimmen abgelehnt.

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes stellt für die Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli den Ergänzungsantrag aus dem Haupt- und Finanzausschuss bzgl. *der Einführung einer Jahreskarte als Einmalzahlung.*

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt diesem Antrag mit 24 Ja-Stimmen bei 19 Nein-Stimmen zu.

Abstimmung über die DS 53/21-26 einschl. der zuvor beschlossenen Ergänzung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass Mobilität ein wichtiger Baustein zur gesellschaftlichen Teilhabe und Daseinsvorsorge ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich die Mehraufwendungen von rd. 130.000 € für die Maßnahme positiv auf die Zahlungen der Stadt im Rahmen der Betrauungsvereinbarung auswirken und keine zusätzliche Belastung für den Haushalt 2022 darstellen werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die dafür notwendigen Mittel für den Haushaltsplan 2022 angemeldet werden.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, im Rahmen der Ermäßigungen des Rüsselsheim Passes, auf Basis einer zweijährigen Pilotphase jeweils eine subventionierte Wochen- und Monatskarte für die Stadtpreisstufe Tarif 3730 ab dem 01.01.2022 einzuführen, *bzw. eine Jahreskarte als Einmalzahlung.*

TOP 15 Einrichtung einer Senior*innenUNI
Bezug: Haushaltsantrag Nr. 23 „Senior*innen-Uni“ der Fraktionen SPD,
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Linke Liste Solidarität, Freie Wähler/Forum
Neues Rüsselsheim vom 16.11.2020
DS-8/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Konzeptskizze zur Einführung einer Senior*innenUNI in Rüsselsheim am Main zur Kenntnis.

2. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, alle Schritte zur Einführung der „Senior*innenUNI“ in Rüsselsheim am Main entsprechend der Konzeptskizze einzuleiten.

TOP 16 Bestellung von Mitgliedern für das Ortsgericht Rüsselsheim-Stadt
DS-60/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Amtsgericht vor,

Herrn Peter Berg, wh. in Rüsselsheim –Stadtgebiet und

Frau Barbara Steil, wh. in Rüsselsheim - Stadtgebiet

zum/zur Ortsgerichtsschöff*in des Ortsgerichtes Rüsselsheim-I (Stadt) zu bestellen.

TOP 17 Bestellung von Mitgliedern für das Ortsgericht Rüsselsheim-Königstädten
DS-61/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Amtsgericht Rüsselsheim vor,

Herrn Frank Siringhaus, wh. in Rüsselsheim-Königstädten zum Ortsgerichtsvorsteher und

Herrn Gerd Mischlich, wh. in Rüsselsheim-Königstädten zum Ortsgerichtsschöffen

des Ortsgerichtes Rüsselsheim II (Königstädten) zu bestellen.

TOP 18 Bestellung des Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Rüsselsheim-
Bauschheim - DS-62/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Amtsgericht Rüsselsheim vor,

- **Herrn Heinz-E. Schneider**, wh. in Rüsselsheim-Bauschheim

weiterhin zum Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichtes Rüsselsheim III (Bauschheim) zu bestellen.

TOP 19 Anfragen und Mitteilungen

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass auf Grund von Corona der Sitzungsort für die Stadtverordnetenversammlung wohl auch für die restlichen Monate des Jahres 2021 die Großsporthalle sein wird.

Er weist des Weiteren auf die kreisweite Corona-Sonderimpfkampagne des Kreisgesundheitsamtes in Kooperation mit der Stadt Rüsselsheim am Main am 23.07.2021 und am 25.07.2021 in der Großsporthalle Rüsselsheim hin.

Herr Stadtv. Kleinböhl erinnert an den in der Stadtverordnetenversammlung am 21.06.2018 beschlossenen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität „Verkehrssituation an Rüsselsheimer Schulen“. Er hat hierzu Anfragen, die er schriftlich nachreichen wird.

Es sollte ein sog. „Runder Tisch“ zum Thema „Elterntaxis“ eingerichtet werden. Welche Maßnahmen wurden bisher für das Schuljahr 2021/2022 getroffen? Wer übernimmt die Aufgaben der ehemaligen Stadträtin Frau Marianne Flörsheimer im Magistrat?

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass weiter an dem Thema gearbeitet wird und der Magistrat berichtet was versucht wird, an den einzelnen Schulen auf den Weg zu bringen.

Frau Stadtv. Kropp teilt mit, dass die Buslinien 31 und 32 eine neue Linienführung durch die Friedhofstraße hat. Hier gab es Beschwerden auf Grund des Auftretens von Rissen in Gebäuden von Anwohnern. Sie schlägt eine evtl. Geschwindigkeitsreduzierung in dem Bereich vor.

Herr Stadtv. Kantopoulos-Kestelidis teilt mit, dass es Anfragen mehrerer Bürger in Königstädten gab hinsichtlich greller Reklameleuchten am Gesundheitszentrum in Königstädten, die bis tief in die Nacht hinein eingeschaltet sind. Er fragt, ob dies erlaubt ist.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass man mit den Eigentümern Gespräche führen wird, die Beleuchtung nachts abzuschalten.

Herr Stadtv. Walczuch erinnert an die Anfrage bzgl. des Gehwegparkens. Die Fraktion WsR hat hierzu in der letzten Legislaturperiode einen Antrag gestellt (Antrag Nr. 79 – Legalisierung des Gehwegparkens), der in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2020 an den Magistrat verwiesen wurde. Herr Stadtv. Walczuch fragt, wann die Beantwortung durch den Magistrat erfolgt.

Herr Stadtv. Walczuch teilt mit, dass Maßnahmen zur „Electric City“ für den jetzigen Zeitraum angekündigt waren, aber es passiert nichts.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass es sowohl zur Thematik „Gehwegparken“ als auch zur Thematik „Electric City“ einen Bericht des Magistrates geben wird.

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes teilt mit, dass ihre Fraktion in den sozialen Netzwerken angegriffen wurde, weil sie den heute beschlossenen Antrag zur Änderung der Hauptsatzung (Erhöhung der Anzahl der Magistratsmitglieder) nicht mitgetragen hätte aus dem Grund, dass ihre Fraktion keinen weiteren Sitz im Magistrat erhält.

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes verwehrt sich im Namen ihrer Fraktion gegen diesen Vorwurf und teilt mit, dass ihre Fraktion die Änderung der Hauptsatzung nicht mitgetragen hat, da die Fraktion RFG keinen Sitz im Magistrat erhält.

Herr Stadtv. Schleidt teilt mit, dass er mehrfach bezüglich nächtlicher Ruhestörungen im Philipp-Schäfer-Weg von dortigen Anwohnern angesprochen wurde. Die Polizei reagiert nicht auf Anrufe und kommt nicht vorbei.

Herr Oberbürgermeister Bausch sagt zu, dass der Sache nachgegangen wird.

Herr Stadtv. Bock teilt mit, dass das Dach der Großsporthalle undicht ist und bittet um Prüfung.